Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13, Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachts 8 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 10 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer nur Nachmittags bis 3 Uhr, an Feiertagen die Petitzeile 20 Pfge.

Zum Pfingstfest
empfiehlt
feinste 3-knöpfige Glacéhandschuhe, à Paar 1,25 M.
in grösster Auswahl. Anerkannt billigste Bezugsquelle für
Kleiderstoffe
Magazin zum Guten Einkauf
Seestrasse Nr. 4, erste Etage.

Specialité
feiner eleganter Wiener Cravatten
empfiehlt in grösster Auswahl
Albert Sieber,
Nr. 9 Frauenstrasse Nr. 9.

Hut-Fabrik C. F. Lehmann,
Königlicher Hoflieferant,
Scheffelstrasse Nr. 24,
Vom Vater gegr. im Jahre 1810, mit der Hutfabrik Albert Rost vereinigt 1873.
ff. Seidenhüte, Filzhüte, Uniform-, Jagd-, Livreehüte, Stroh-, Stoff-, Panama-, Palmhüte, Knabenhüte, Mützen.

Nachttelegramm. Paris. Die Kammer lehnte die Erwägungsziehung des Barodet'schen Antrages betreffs der Verfassungsrevision und Beseitigung des Senats mit 254 gegen 186 Stimmen ab. Ferry bekämpfte die Revision, welche die Majorität blockiren würde; dann könne das Cabinet nicht bleiben.

Nr. 152. Witterung vom 31. Mai: Barometer nach Osker Böhold, Wallstraße 15 (Abds. 6 U.) 766 Mill., seit gestern 2 Mill. gefallen. Thermometerstr. n. Reaum.: 15° W., niedr. Temp. 6° W., höchste Temp. 23° W. Ost-Wind. Wolkenlos.

Aussichten für den 1. Juni: Wenig Aenderung.

Mittwoch, 1. Juni.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Die arme sächsische Weberbevölkerung muß eine harte Geduldsprobe durchmachen. Nach langen Untersuchungen über die Ursachen des Nothstandes in den Webereidistrikten ist die Vorlage ausgearbeitet worden, welche für be- und unbedruckte Tuch- und Zeugwaaren höhere Zölle einführt. Besonders die feineren Waaren will man mit diesen staffelförmigen Zöllen treffen, die Einfuhr französischer Stoffe erschweren und den inländischen Markt in der Hauptsache für die einheimische Fabrikation erhalten. Gewiß ist dies eines der Mittel, die stillstehenden Webstühle wieder in Gang zu bringen, der hungernden Weberbevölkerung wieder Verdienst und Brod zuzuwenden. Sehnsüchtigen Blickes schaut sie von Glauchau und Meerane aus nach Berlin, wo die Entscheidung fallen soll. Die von der sächsischen Regierung ausgearbeitete Vorlage, ein wahres Nothstandsgesetz, kommt endlich, nach mehreren mit der Hamburger Frage vertrödelten Arbeitstagen, zur Berathung. Der Präsident v. Goßler beraumt sogar eine Abendsitzung dazu an. Was thun die Freihändler? Sie laufen in hellen Haufen aus dem Sitzungssaal und machen das Haus damit beschlußunfähig. Die armen sächsischen Weber mögen warten und hungern! Das ist ein frivoles Spiel mit menschlichem Elend. Hatte der Bundesrath, als er neulich wegen des beleidigenden Richter'schen Antrages in der Hamburger Frage hinausmarschirte, keine glückliche Stunde, so ist das muthwillige Durchbrennen der Freihändler geradezu unverantwortlich. In der Sache selbst ist zuzugeben, daß die Erhöhung der Gewebezölle nicht allen Nothstand beseitigen wird. Die jetzt häufiger als sonst wechselnde Mode in den Bekleidungsstoffen hat die halbwollenen Fabrikate beseitigt; die Damenwelt trägt mit Vorliebe nur reinwollene. Auf letztere Stoffe ist die sächsische Weberei noch nicht eingerichtet. Die bei weitem kapitalkräftigere Industrie des Elsasses hat den Uebergang von halb- zu reinwollenen Fabrikaten weit eher, energischer und auch geschickter bewirkt, als unsere Landsleute. Wenn dieselben ihre Webstühle auf solche Waare umgebaut haben werden und die Mode, wie man hofft, ein Jahrzehnt in gleicher Richtung anhält, dann ist Hoffnung, daß die Klagen aus den sächsischen Webereidistrikten auf geraume Zeit verstummen. Ob der Vorschlag, aus Staatsmitteln den Fabrikanten Vorschüsse zu gewähren, damit sie ihre Etablissements auf die neue Fabrikation einrichten können, so ganz von der Hand zu weisen sei, wäre der Untersuchung werth. Schon in früheren Zeiten gewährte die sächsische Staatskasse gewissen Fabrikanten Nothstandsdarlehne; es sei an den (verstorbenen) Richard Hartmann erinnert. Vorsicht ist dabei freilich ein dreimal zu unterstreichendes Wort. Die etwaigen Verluste einzelner Industrieller müßte ja später der Staat, d. h. die Gesammtheit aller Steuerzahler, tragen. Solche Unterstützungen haben auch ihre bedenklichen Consequenzen. Wo macht man Halt? Die Regierung wird sich kaum der Bittsteller und Gesuche zu erwehren vermögen. Immerhin aber ist eine Ausnahme in besonders schwerwiegenden Fällen, wo das Wohl von Zehntausenden in Frage steht, Nichts, was geradezu abschrecken sollte. Zunächst aber ist es nothwendig, daß durch Erhöhung der Gewebezölle der bei dem vorjährigen Tarif gemachte Fehler baldigst beseitigt werde. Statt das zu thun, ergreifen die Freihändler des Reichstages das Hasenpanier und täuschen die besten Hoffnungen unserer armen Weber. 's ist ein Jammer!

Vorher hatte der Reichstag den Zoll auf Mehl auf 3 Mark erhöht. Man hörte dabei das bekannte Lied von der Vertheuerung der Lebensmittel. Die Vertreter der Landwirthschaft entgegneten, daß eine angemessene Bezahlung ihrer Erzeugnisse kein Fehler sei, weil dadurch der wichtigste Erwerbszweig und derjenige, der die meisten Menschen beschäftigt und ernährt, in seiner Existenz erhalten werde. Darin liegt gewiß vieles Wahre; es ist die einzige Rechtfertigung des unleugbaren Uebels hoher Lebensmittelpreise. Wenn der Bauer nicht mehr für Getreide und Fleisch soviel bezahlt bekommt, daß er bestehen kann, so stehen wir unmittelbar vor den bedrohlichsten Umwälzungen. Die Landwirthschaft rentabel zu erhalten, ist ein Gebot der Staatsnothwendigkeit. Der Korn- und der Mehlzoll ist mäßig, so mäßig, daß er an sich nicht das Brod des armen Mannes vertheuern würde. Was das Brod theuer macht, das ist vielmehr der überflüssige Zwischenhandel und der Wucher. Deutschland erzeugt bekanntlich nicht soviel Getreide als es verzehrt. Etwa der zehnte Theil unseres Bedarfes muß durch Einfuhr gedeckt und verzollt werden. Was will aber dieser winzige Zoll sagen gegen den Tribut, den völlig unkontrolirt, der Getreidewucher dem Volke auflegt? Bis zum 1. October 1879 hatte man den Preis des Roggens auf 140 M. pro 1000 Kilogramm gebracht. Das galt schon als etwas Außergewöhnliches und man erwartet in Anbetracht der guten Ernteergebnisse eine beträchtliche Preisermäßigung. Man hatte aber die Rechnung ohne die Berliner jüdischen Kornwucherer gemacht. Für den Getreidepreis in Deutschland ist nun einmal die Berliner Börse der maßgebende Centralpunkt. Hier aber dominirt der Kornwucher, der sich von dem soliden Getreidegeschäft ebenso genau unterscheidet, wie die Gurgelabschneiderei von dem ehrlichen Darlehen. Denn der Getreidehandel ist an sich eine ebenso ehrenhafte und nützliche Beschäftigung, wie die des Beamten, Gelehrten oder Handwerkers. Es ist ferner ebenso bekannt, daß solche Zustände, wie an der Berliner Getreidebörse, nirgends in Deutschland auch nur ein annäherndes Gegenstück finden. Wie haben nun die Berliner Kornjuden dem Volke binnen 19 Monaten das Brod verteuert? Obwohl am 1. October 1879 der Roggenpreis schon die ungewöhnliche Höhe von 140 M. erklommen hatte, obwohl bei seiner guten Mittelernte Deutschland gegen früher keine höheren Ansprüche an das Ausland zu stellen hatte, der Export Deutschlands an Korn nach dem Auslande aber auch keine besonderen Vortheile bot, haben die Kornwucherer Berlins doch den Roggenpreis in stetigen raschen Sprüngen von 140 M. auf 200 M. hinaufgejagt. Der amtliche Börsenbericht bis Anfang d. M. erzählt das deutlich. Die Berliner Börse zieht die anderen Kornbörsen in Deutschland unweigerlich sich nach und so hat Deutschland in den letzten 19 Monaten der Geldgier jener Wucherer in Berlin zu Lieb Hunderte von Millionen zu viel für sein Brod bezahlt. Man hat diese Summe auf 633 Mill. berechnet, die einer verhältnißmäßig geringen Zahl von Menschen in die Tasche geflossen sind. Davon hat weder das Reich, noch die Landwirthschaft einen Vortheil gehabt. Hiervon sollte Herr Eugen Richter einmal sprechen. Er darf aber seine jüdischen Freunde in den kleinen unschuldigen Spekulationsgeschäften nicht stören; dafür deklamirt er von der Vertheuerung des Brodes durch die winzigen Korn- und Mehlzölle.

Obwohl die Hamburger ihrem Schöpfer danken sollten, daß das Reich ihnen den Eintritt eines Theils ihres Gebiets volle 40 Mill. M. zu zahlen bereit ist, eifert ihre Presse doch mächtig gegen die Zustimmung zu dem vielbesprochenen Vertrage. Das ihnen eingeräumte Freiviertel genügt ihnen nicht; ihnen ist eben nur mit der Beibehaltung des jetzigen Zustandes gedient. Das sie aber selbst noch etwa 40 Mill. aufbringen sollen, um neue Einrichtungen zu treffen, das will ihnen nicht in den Kopf. Sie rechnen aus, daß sich ihre Schuldenlast um etwa 100 M. pro Kopf erhöhen würde, verschweigen aber, daß sie künftig nicht mehr 4,800,000 M. jährlich als Zollaversum zu zahlen brauchen. Da der Vertrag in Hamburg auf solche Schwierigkeiten stößt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß ihn der jetzt versammelte Reichstag noch berathet.

Gambetta hat, heiser von dem vielen Reden und ermüdet von den unzähligen Audienzen, seine Rückreise nach Paris beschleunigt, da der Senat drohende Miene macht, das Listenwahlgesetz zu verwerfen. Durch dasselbe wird nämlich die Zahl der Deputirten um 60 vermehrt. Dieser Zuwachs fällt namentlich dann ins Gewicht, wenn beide Kammern zusammentreten, um gemeinsam den Präsidenten der Republik zu wählen. Durch jene 60 neuen Mitglieder erhält die Deputirtenkammer ein großes Uebergewicht gegen den Senat. Dieser will sich aber nicht herabdrücken lassen. Gambetta eilte nach Paris, um die Gefahr des Scheiterns seines Listenwahlgesetzes zu beschwören. Mit welchem Erfolge, werden wir bald sehen. Er trennte sich eilig von den Tausenden von Landleuten, die alle Gambettamedaillen im Knopfloche tragen. Seine letzte Rede floß über von Freundschaftsbetheuerungen gegen Grevy. Dieselben haben den Werth genau von dem Angriffe des Diktators Gambetta gegen die Diktatur. Auch seine Friedensrede hat zu wenig erbaulichen Vergleichungen mit Napoleon III. herausgefordert. In Bordeaux sprach Napoleon das berühmte Wort: L'empire c'est la paix! das durch die Krimkriege bis zur Schlacht von Sedan solche traurige Berühmtheit erlangt hat. Man findet die Friedensbetheuerungen Gambetta's in Cahors höchst verdächtig, man traut ihm eben Alles zu.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 31. Mai.

Berlin. Reichstag. Zweite Lesung des Arbeiter-Unfallversicherungsgesetzes. Ein ganzer Rattenkönig von Abänderungsanträgen liegt vor. Die Fortschrittspartei legt einen Gegenentwurf vor, wonach der Unternehmer für jeden bei seinem Betriebe vorkommenden Schaden von Leben oder Gesundheit eines Arbeiters oder Beamten (dessen Jahresverdienst nicht über 2000 M. beträgt) in jedem Falle haftbar sein soll, sofern er nicht beweist, daß der Unfall von dem Getödteten oder Geschädigten selbst verursacht ist. Den Antrag versucht mit mehr Geschick als Erfolg der Abg. Freund. v. Kleist-Retzow beantragt Heranziehung der landwirthschaftlichen Arbeiter, sofern sie bei nicht lediglich durch Menschenkräfte bewegten Maschinen beschäftigt sind, zu der allgemeinen Versicherung. Er tritt begeistert für die Grundgedanken des Entwurfs ein, der von wahrer Menschenliebe diktirt sei, und weist nach, daß mit einer einfachen Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, wie es die Fortschrittspartei wolle, nicht auszukommen sei. Das Gesetz sei hinsichtlich der Grundbesitzer noch viel leichter ausführbar als hinsichtlich der Fabrikanten. Wölfmer will die bei Bauten, in der Landwirthschaft, in der Forstwirthschaft und in den auf gewerbsmäßige Förderung von Personen oder Gütern zu Wasser und zu Lande gerichteten Unternehmungen beschäftigten Arbeiter unter das Gesetz gestellt wissen. Seine (die Fortschrittspartei) stimme gegen das Gesetz, wolle aber an dessen Verbesserung Theil nehmen. Die Unfallziffer bei gewöhnlichen landwirthschaftlichen Betrieben sei viel größer als bei den mit Maschinen betriebenen landwirthschaftlichen Gewerben. Die Sozialdemokraten beantragen Versicherung aller Arbeiter ohne Ausnahme, und zwar Reichsversicherung. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit soll der volle Ersatz des bisherigen Arbeitsverdienstes gewährt werden. Die Versicherungsprämie soll der Arbeitgeber allein tragen. Der Antrag wird von Liebknecht begründet, der zunächst auf die Angriffe Kleist's gegen die Sozialdemokratie antwortet. Was habe diese mit dem Nihilismus zu thun? Letzterer finde sich in Rußland, wo das politische Ideal Kleist's verwirklicht sei. Das vorliegende Gesetz habe die Sozialdemokratie erzwungen. Bismarck folge nur der Logik der Thatsachen. Erst sei er eine kurze Zeit im Schlepptau des Freihandels gewesen, jetzt sei er im Schlepptau des Sozialismus. Fürst Bismarck denkt, er hat uns: wir haben ihn! (Heiterkeit.) Vor dem Nihilismus rette nur der Sozialismus; jetzt sei es noch möglich, durch Reformen eine Katastrophe zu vermeiden. Geheimer Oberregierungsrath Lohmann betrachtet eine Erweiterung der Haftpflicht im Sinne des fortschrittlichen Antrages als dem bestehenden Recht entgegenstehend. Die verbündeten Regierungen seien nicht prinzipiell gegen eine Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Arbeiterklassen, sie glaubten sich für jetzt aber auf diejenigen beschränken zu sollen, wo sich die Verhältnisse übersehen lassen. Abgeordneter Lasker erklärt sich für den Gedanken der Zwangsversicherung, aber gegen Monopolisirung des Versicherungswesens durch den Staat. Die Vorlage sei vollständig unreif, blos zu Wahlagitationszwecken eingebracht. Das allein richtige Princip enthalte nur der fortschrittliche Antrag. Die Landwirthschaft müsse in die Zwangsversicherung mit einbezogen werden, sonst würde sie schwer geschädigt. v. Scherlemer-Alst: Gesetze dürfen nur auf christlicher Basis gemacht werden; sie auf blos humanitäre Grundlagen stellen zu wollen, sei Unsinn. (Widerspruch.) Sie sprechen hier von Humanität; draußen haben Sie nur Petroleum und Dynamit. (Widerspruch. Rickert: Scheiterhaufen. Präsident v. Goßler verbietet Zwischenrufe.) Er spricht schließlich, ebenso wie Marquardsen gegen Hereinziehung der landw. Arbeiter. Alle Unteranträge werden abgelehnt und § 1 gegen die Stimmen des Fortschritts, der Secessionisten und der Sozialdemokraten unverändert nach dem Commissionsantrage angenommen. Für den fortschrittlichen Antrag stimmen Fortschritt, Secession und einzelne Nationalliberale, für den sozialdemokratischen Sozialdemokraten, Fortschritt, Secession, für den Wölfmer'schen die ebengenannten und die Polen, für den Kleist'schen (les extrêmes se touchent!) die äußerste Rechte (ostpreuß. Hochkonservative) und die äußerste Linke. Die Kommission hat bekanntlich die Reichsversicherungsanstalt beseitigt. Die Nationalliberalen Buhl u. Gen. nehmen die Reichsversicherung wieder auf. Wenn der Reichstag die Errichtung von Landesversicherungsanstalten beschließe, greife er in das Budgetrecht der Einzelstaaten ein. Abg. Stumm erklärt Namens der Reichspartei im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes vorläufig für den Commissionsbeschluß zu stimmen, hofft aber auf ein Compromiß mit den Nationalliberalen zu Gunsten der Reichsversicherung. (P. Richter: Der Kanzler scheine noch nicht einig zu sein, ob er das Unfallgesetz mit dem Centrum oder den Nationalliberalen in den Hafen bringen soll. Er wolle kein Monopol, am allerwenigsten aber ein Reichsmonopol, das nur schädlich wirke. Er beantrage daher auch event., daß ein Bundesstaat für seine einzelnen Bezirke mehrere Versicherungsanstalten errichten könne. Reichsanstalt würde viel theurer sein. Er wolle nicht Alles auf die einzige Berliner Weisheit angesehen sein. Die Instanz müsse möglichst nahe liegen. Die Sitzung wird auf morgen vertagt. — Bismarck leidet seit einigen Tagen an seinem alten Uebel, Rheumatismus, und muß deshalb das Zimmer hüten.

Wien. Die Abgeordneten nahmen den Gesetzentwurf über Errichtung der böhmischen Universität in Prag an, lehnten dagegen den Antrag Granitsch auf die obligatorische vollkommene Kenntniß eines jeden Studirenden der böhmischen Universität, der in eine öffentliche Praxis eintritt, ab.

Berliner Börse. Der Monat Mai schloß mit riesigem Verkehr und theils rapide steigenden Coursen. Der Schwerpunkt lag wieder auf dem Eisenbahnmarkt; die Ernteaussichten werden gründlich ausgenützt — wird der Aussicht auch die Verwirklichung folgen? Schluß fest, aber weniger fieberisch. Oesterr. Kredit notiren 5, Ungar. 1½, Franzosen (für welche die Spekulation fanatisirt war) 22, Lombarden 2 Mark besser. Von Eisenbahnen erfuhren noch große Steigerungen: Oberschlesische, Thüringer, Rechte Oderufer, Galizier (Carl Ludw.), Dux-Bodenbacher, Böhmische Westbahn 2c. Prioritäten fest. Die leitenden Banken sehr belebt; Discontogesellschaft 2½, Deutsche Bank 1½ Proc. höher. Ferner zogen an Leipziger 5, Credit 3,1, Dresdner Bank alte 1,3, junge 0,6, Leipziger Disconto ½ Proc. Fonds gut behauptet, Bergwerke weichend. Industrien fest, besonders Bauwerthe.

Lokales und Sächsisches.

— Die königlichen Majestäten haben in Ems den Besuch der Gräfin Ingelheim aus Rüdesheim erhalten, mit der sie eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach dem Oelberge unternahmen. — Der katholischen Kirche in Ems wandte S. M. der König ein Gnadengeschenk von 300 M. zu. Uebrigens theilt man uns mit, daß unsere allverehrte Königin in Ems des Morgens beim Brunnen nicht in einem kleinkarrirten Lamaanzuge zu erscheinen pflegt, daß vielmehr das betr. Kleid ein Cheviotstoff ist. Der Königin ist bekannt, daß das Material und der Stoff dazu in unserem Sachsen gesponnen und gewebt ist. Das dürfte bei der Unterstützung, die unsere heimische Industrie stets bei den Majestäten gefunden hat, der Grund sein, daß dieses, im Magazin für Damen — Dresden, Seestraße 4 — gekaufte Kleid den hohen Vorzug genießt, von Ihrer Majestät so oft getragen zu werden.

— Se. Excellenz der Kriegsminister v. Fabrice ist in Berlin von Sr. Maj. dem Kaiser Wilhelm in besonderer Audienz empfangen worden. Derselbe nahm auch an dem sogenannten Parade-Diner, das nach der Parade stattfand, im Königlichen Schlosse Theil.

— Orden. Hauptsteueramts-Assistent Fürchtegott Müller in Dresden und Straßenmeister Ehrenfried Heinze in Oschatz erhielten das Albrechtskreuz.

Der Oberamtsrichter Hermann Petzold und der Amtsrichter Ewald Opitz, Beide bisher beim Amtsgericht Pirna, sind in Ruhestand getreten.

— Nächsten Freitag Vormittags 11 Uhr findet in den Räumen der K. Kreishauptmannschaft öffentliche Sitzung des Kreisausschusses statt.

— Dieser Tage verweilten die Herren Stadträthe und Handwerker-Vereins-Vorstände Ruppert und Seifert aus Chemnitz in Dresden, um sich bei den zuständigen Oberbehörden zu verwenden wegen des Ankaufs eines Vereins-Hauses nebst Museum für den Chemnitzer Handwerkerverein. Man hat dazu das infolge der Errichtung des neuen Justizgebäudes disponibel gewordene alte Chemnitzer Justizhaus in Aussicht genommen und hofft auf die Unterstützung der für die Finanzfrage maßgebenden Regierungsmänner.

— Bei der letzten Soirée des Fürsten Bismarck waren die in Berlin anwesenden höheren sächsischen Offiziere und von den Reichstagsabgeordneten die Herren Richter-Meißen und Schmiedel mit Einladungen beehrt worden. Fürst Bismarck behandelte die sächsischen Generäle mit besonderer Auszeichnung.

— Die Königl. preußische Armee hat in diesem Jahre bei der Kadettenvertheilung 26 Kadetten mehr als im Vorjahre erhalten. Zu diesen sind noch 7 hinzuzurechnen, die im Königl. sächsischen Kadettenkorps erzogen werden sind. Als Offiziere sind diesmal 70 junge Leute direkt eingestellt worden, der Rest mit 134 als sogenannte charakterisirte Portepeefähnriche d. h. mit der Verpflichtung, demnächst noch die Kriegsschule zu besuchen, und eine kleine Anzahl als wirkliche Fähnriche.

— Das 12. Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen notirt nur folgende Petitionen aus dem Königreich Sachsen: des Fabrikantenvereins zu Meerane um Beschlußfassung über die Erhöhung der Zölle auf unbedruckte Zeugwaaren noch in dieser Session, Lippmann's u. Gen. zu Reichenbrand, Petzold's u. Gen. zu Löbau, Berndt's u. Gen. zu Deuden und Schröter's u. Gen. zu Leipzig um Aufhebung des Impfzwangs.

— Die Landessynode wählte in ihrer vorletzten Sitzung in den ständigen Ausschuß die Herren Dr. Luthardt, Prof. Dr. Fricke, Dr. Anacker, Kammerherr von Zehmen, Bürgermeister Haberkorn und Oberamtsrichter Weidauer, als Ersatzmänner die Herren v. Erdmannsdorf, v. Watzdorf, Höffner, Dr. Baur, Dr. Lechler und Oberpfarrer Naumann. Der neuerdings vom Justizrath Höffner eingebrachte Antrag: die Bezeichnung der Censurgrade bei der theologischen Kandidatenprüfung, wie bei der Wahlfähigkeitsprüfung in Uebereinstimmung zu bringen, wird einstimmig angenommen. Den letzten Punkt der Synodalarbeiten bildete der Antrag des Dr. Grossmann aus Grimma auf Wiederherstellung der kirchlichen Eheschließung unter Gestattung der